

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

14.12.1928 (No. 293)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Speyerstr. 10, A. Menck, Karlsruhe

Expedition: Carl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerbetreibung, zwangsweiser Betreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt weg. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Druckmangel, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche. Falls die Zeitung versäumt, in bestimmten Umfange oder nicht erachtet, — für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Verhandlungen in Lugano

Die Besprechung zu drei
Am Donnerstag nachmittag hat nun in Lugano die angekündigte Besprechung zwischen Stresemann, Briand und Chamberlain stattgefunden. Zu einem abschließenden Ergebnis ist man nicht gekommen, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß der auf abends bereits angekündigte deutsche Presseempfang wieder abgesetzt wurde. Gegenstand der Unterhaltung, die etwa eineinhalb Stunden dauerte und eine Fortsetzung der bisherigen Besprechungen war, waren nach wie vor das deutsch-französische Verhältnis und die Genfer Beschlüsse. Die Besprechungen werden, wie offiziös mitgeteilt wird, fortgesetzt.

Über die Unterredung verbreitet Havas einen Bericht, in dem es heißt: Die drei Staatsmänner seien einmütig der Ansicht gewesen, daß es im Interesse aller notwendig sei, die Verwirklichung des durch die Resolution vom 16. September festgesetzten Programms fortzusetzen. Dieses Programm müsse, wenn es mit gutem Willen und Beharrlichkeit ausgeführt werde, zu einer endgültigen Liquidierung des Kriegs führen. Was das Abrüstungsproblem anlangt, habe es bei der Unterredung nicht Gegenstand einer besonderen Debatte gewesen zu sein. Bereits jetzt trete es klar zutage, daß die vorbereitende Abrüstungskommission nicht einberufen werden könne, bevor die neue Regierung der Vereinigten Staaten im Monat März die Leitung der Geschäfte übernommen habe. Briand erklärte nach der Besprechung, bisher habe jede der an der Aussprache beteiligten Seite ihren Rechtsstandpunkt in den schwebenden Fragen voll aufrechterhalten. Es handle sich jetzt darum, einen praktischen Ausweg zu finden. Weitere Besprechungen zu drei werden nicht mehr stattfinden, jedoch würde er noch eine Unterredung mit Dr. Stresemann haben.

Annahme des französischen Budgets

Paris, 14. Dez. (Tel.) Die Kammer hat heute früh ihre Ratifikation beendet und das Budget für 1929 in seiner Gesamtheit mit 460 gegen 120 Stimmen verabschiedet. Das Budgetgleichgewicht stellt sich nach der Verabschiedung durch die Kammer wie folgt: Einnahmen 45 415 131 643 Franken, Ausgaben 45 369 183 966 Franken. Im Laufe der Beratung des Budgets hat die Kammer einen Artikel angenommen, der festsetzt, daß von der Verkündung des Gesetzes an jeder Parlamentarier, der nach seiner Wahl ein Amt als Direktor, Verwalter oder Geschäftsführer eines Industrie-, Handels- oder Finanzunternehmens, oder als Direktor oder Redakteur einer Finanzzeitung annimmt, seine Demission geben muß. Der Parlamentarier, der zurücktritt, ist jedoch wieder wählbar.

Paris, 14. Dez. (Tel.) Die Kammer hat in einer langen Nachsitzung einen Artikel, der die Diäten der Abgeordneten von 45 000 auf 60 000 Franken erhöht, mit 262 gegen 254 Stimmen angenommen. Die Regierungsmitglieder haben sich, wie bei den vorherigen Abstimmungen üblich, der Stimme enthalten. Die Sozialisten hatten in der Debatte erklärt, daß sie für den Artikel stimmen. Die Radikalen haben sich in einer Fraktionsitzung ebenfalls für die Erhöhung ausgesprochen.

Der Millionerprozess der Herzogin Jutta

Schwerin, 14. Dez. (Tel.) Die „Wendenburgische Zeitung“ meldet: Am 13. Dezember d. J. findet in Paris vor dem deutsch-jugoslawischen Schiedsgerichtshof die mündliche Verhandlung der Klage statt, die die Prinzessin Milica von Montenegro, geb. Herzogin Jutta von Wendenburg-Strelitz, gegen das Deutsche Reich auf Grund des Verfalls der Verträge angestrengt hat. Die Klage geht auf Zahlung von 15 Millionen Goldmark mit Zinsen seit Ende des Jahres 1918.

Das Befinden des Königs von England

London, 14. Dez. (Tel.) Wie verlautet, ist das Befinden des Königs weiter befriedigend. Während der Nacht hat sich der Kranke gut ausgeruht und mehrere Stunden geschlafen. Die leichte Besserung hält an.

Der Überfall an der marokkanisch-algerischen Grenze

Paris, 14. Dez. (Tel.) Havas berichtet aus Algier Einzelheiten des Überfalls auf die drei französischen Geesautomobile. Die Wagen waren mit insgesamt 13 Personen besetzt. Der Überfall erfolgte am 8. Dezember nachmittags an einer Stelle, wo die Straße zwischen Taghit und Colom Weher durch eine Schlucht führt. Das erste Auto wurde von etwa 20 Eingeborenen, die sämtlich über Gewehre verfügten, überfallen und die Insassen getötet. Die Insassen des zweiten Autos, die von dem Überfall nichts gemerkt hatten, griffen ebenfalls in den Hinterhalt und ebenso die des dritten Autos. Dieser Wagen erhielt, nachdem er die Eingeborenen bis zum Abend in Schach gehalten hatte, Hilfe.

Hoover in Buenos Aires

Buenos Aires, 14. Dez. (Tel.) Der Sonderzug mit dem künftigen amerikanischen Präsidenten Hoover traf gestern nacht hier ein. Hoover wurde von den Vertretern der Regierung und den Zivil- und Militärbehörden empfangen. Als er den Bahnhof verließ, rief eine Gruppe von Demonstranten, die Banner mit der Aufschrift „Lang lebe Sandino“ (der Führer der Aufständischen in Nicaragua) trugen, „Lange lebe Nicaragua!“

Letzte Nachrichten

Der Reichsetat zurückgestellt

Berlin, 14. Dez. Das Reichskabinett hat sich, wie die „B. Z.“ berichtet, entschlossen, die Verabschiedung des Etats für 1929 bis nach Weihnachten, also bis Anfang des nächsten Jahres, zurückzustellen. Angeklagt ist noch immer die Decksfrage. Die Versuche des Kanzlers, im Zusammenhang mit den Koalitionsbesprechungen dieses entscheidende Problem zu lösen, mußten ebenfalls bis zum Wiederauftritt des Reichstags Mitte Januar vertagt werden. Die Reichsregierung will die Verhandlungen mit den Parteien so führen, daß der Etat wenigstens bis zum 22. Januar dem Reichstag zugehen kann. Der Reichstag hat dann allerdings nur zwei Monate für die Etatsberatungen zur Verfügung.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn

Berlin, 14. Dez. (Tel.) Die Reichsregierung hat durch Beschluß vom 14. Dez. 1928 die Herren Dr. Hermann Schmitz, Geh. Kommerzienrat, Vorstandsmitglied der F. G. Farbenindustrie in Berlin Dr. h. c. W. Elder, Generaldirektor der Firma Haniel & Co., Duisburg, Lokomotivführer Mathias Herrmann in Käruberg und auf Benennung der preussischen Staatsregierung Dr. Otto Zeidel, Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin, zum 1. Januar 1929 zu Mitgliedern des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft ernannt. Mit der Ernennung des Lokomotivführers Herrmann ist ein alter Bunde des Personals, einen Sitz im Verwaltungsrat zu haben, in Erfüllung gegangen. Es ist zu begrüßen, daß Beamten- und Betriebsrat dem Anerkennen des Reichsverkehrsministers v. Güterab, ihnen gemeinschaftlich einen Sitz im Verwaltungsrat zu gewähren, durch Einigung nachgekommen sind und einen Vertreter ihrer Gesamtinteressen in Vorschlag gebracht haben. Das Reichskabinett hat diesem Vorschlag geschlossen zugestimmt.

Die Finanzen der Mittel- und Kleinstädte

Berlin, 14. Dez. (Tel.) Der Reichsstadtebund beschloß sich heute, am 2. Tage der Sitzung seines Gesamtvorstandes, mit der Finanznot der Mittel- und Kleinstädte. Hierzu wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Den mittleren und kleinen Städten wird es selbst bei größter Sparsamkeit in immer steigendem Maße unmöglich, ihre Haushaltpläne auszugleichen. Sie sind deshalb gezwungen, zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben eine alsbaldige Erhöhung ihrer Einnahmen zu fordern. Zu diesem Zweck erheben sie notwendig: erstens eine gerechtere Verteilung der Reichsteuerüberweisungen, zweitens eine angemessene Steueranspannung, soweit sie keine Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung zur Folge hat, wie z. B. der gemeindlichen Getränkesteuer, drittens eine Beteiligung der kreisangehörigen Städte an der Grundwerb- und Wertzuwachssteuer, soweit einzelne Länder eine Beteiligung nicht gewährt haben, viertens eine Entlastung der mittleren und kleinen Gemeinden durch sofortigen angemessenen Polizei- und Schullastenausgleich für alle Schularten. Jede Einnahmeverminderung, insbesondere eine Kürzung der Reichsteuerüberweisungen oder eine etwaige Senkung der Grundsteuer, müsse zu einer für die Wirtschaft untragbaren Erhöhung der Realsteuern führen.

Die Verluste der Stadt St. Ingbert

St. Ingbert, 14. Dez. (Tel.) Nach der nunmehr endgültigen Aufstellung belaufen sich die Verluste der Stadtsparkasse St. Ingbert auf 7,3 Millionen Reichsmark, oder rund 44 Millionen Franken. Für diese Verluste muß die Stadt nach Ansicht der Regierungskommission aufkommen, so daß sie jährlich 4 Millionen Franken an Zinsen und Amortisation aufzubringen hat. Da aber die Steuerzuschläge nicht mehr als 180 Proz. betragen sollen, so muß mit einer starken indirekten Belastung gerechnet werden. Auf Jahrzehnte hinaus wird innerhalb der Gemeinde selbst das Allernotwendigste nicht ausgeführt werden können.

Die internationale Luftkonferenz in Washington

Washington, 14. Dez. (Tel.) In der gestrigen Vollversammlung der Luftkonferenz wurden unter großem allseitigen Beifall Begrüßungsdepechen von dem Deutschen Aeroklub, von der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt und von Herrn v. Stauff, dem Vorsitzenden des Ausschusses der Luftfahrt, belesen. Großes Interesse erregten und Anlaß zu zahlreichen Anfragen seitens der fremden Delegationen gaben die Ausführungen des Direktors Mertes von der Deutschen Luftfahrt über die Verträge mit Inuitischen Benzin, die bisher gute Resultate erzielt hätten. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage des Nachschlages und des Aufschlages gewidmet. Abends wurde ein Monumentalfest vorgeführt, bei dem die Entwicklung der Luftfahrt in den letzten 25 Jahren gezeigt wurde. Der Film enthielt Bilder Chamberlins und Köhls und von dem neuen Flugboot „Komar“ der Rohrbachwerke. Der Filmvorführung wohnten die Flieger Wright, Lindbergh, Chamberlain und Lady Heath bei.

Die Wahl des Klammführers Borms. Der mit der Prüfung der Wahl für Antwerpen beauftragte belgische Parliamentsausschuß hat mit allen Stimmen gegen diejenige eines Frontparteilers beschlossen, die Wahl des Klammführers Borms für unzulässig zu erklären.

Wirtschaftliche Umschau

Kohlenvereinbarungen — Die Rheinbrücken — Die Rheinindustrie

Seit längerem werden bekanntlich internationale Kohlenvereinbarungen erstrebt, um den Konkurrenzkampf der kohlenproduzierenden Länder im kohlensamen Ausland zu beenden, der die Folge hat, daß dieses Ausland zum Schaden der Inlandskonumenten in den Kohlenländern mit billigeren Preisen rechnen kann. Während in Deutschland die Vorbedingungen für solche internationale Vereinbarungen gegeben wären, ist in England, das in erster Linie in Betracht gezogen werden muß, sowohl die Kohlenproduktion noch nicht genügend organisiert, wie man auch dort, gestützt auf die Subventionspolitik der Regierung, noch am Kampfwillen gegen die außerenglische Produktion festhält.

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat stellt dies in dem jetzt vorliegenden Bericht für das letzte Geschäftsjahr fest, wobei allerdings darauf hingewiesen wird, daß die Zusammenschlüsse im englischen Bergbau doch bereits als Etappen auf dem Weg zu internationalen Vereinbarungen anzusehen seien. Im Interesse der deutschen Wirtschaft — die deutsche Kohlenproduktion muß ja auch auf deutschem Boden gegen die Konkurrenz des Auslands ankämpfen, das durch günstige Transportlage, bessere Abbauverhältnisse, zum Teil auch durch niedrigere Löhne einen natürlichen Vorsprung hat — wären internationale Vereinbarungen über Preise und Absatzgebiete zu begründen, unter der Voraussetzung allerdings, daß nicht der deutsche Konsument durch eine Preisdiskatur für Kohlen der Leidtragende sein wird, und auch die Staaten Einfluß auf die Preisfestsetzung gewinnen und behalten. Gerade Baden, das im Reich einen besonders hohen Steinkohlenverbrauch (auf den Kopf der Bevölkerung) hat, das außer der Ruhr-, Aachener und Saarkohle auf dem Rhein auch holländische und englische Kohle bezieht, ist daran sehr interessiert.

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat ist bekanntlich die im Jahre 1893 geschaffene Verkaufs- und Abfahrungsorganisation der dortigen Bechen und des größten deutschen Kohlengebietes mit fast 400 000 Arbeitern. Die Bechen stellen ihre gesamte, auf Grund der Beteiligungsziffern festgesetzte Förderung dem Syndikat zur Verfügung, das für den geregelten Absatz zu sorgen hat, im „unbestrittenen“ Gebiet durch die sogenannten Syndikatshandelsgesellschaften, im übrigen durch freie und den Bechen nahestehende Händler. Das Syndikat, das einen heftigen Kampf mit der Auslands-, vor allem der englischen Kohle, auch auf dem Inlandsmarkt führt, verlangt in seinem Geschäftsbericht insbesondere Verkehrs-erleichterungen. U. a. wird der Bau des Hanfkanals verlangt, um auf dem Wasserweg Bunkerkohle aus dem Ruhrgebiet an die deutschen Seehäfen heranbringen zu können.

Der Bau der drei Rheinbrücken von Baden nach der Pfalz

erleidet durch die Vorkampferkonferenz neue Hemmungen. Sie hält mit ihrer Zustimmung zurück, und die französisch-belgische Eisenbahnkommission, eine Militärbehörde, verlangt zunächst eine neue Überprüfung der gesamten Eisenbahnerhältnisse im besetzten Gebiet und in der entmilitarisierten Zone. Daraus geht hervor, daß gegen die Brückenbauten französischerseits politische und militärische Gesichtspunkte ins Feld geführt werden, während es sich für das betreffende badische und pfälzische Gebiet vor allem um eine wirtschaftliche Frage handelt. Von solchem wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus hat eine andere interalliierte, für den Rheinverkehr eingesezte Institution, die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, den Bau der Rheinbrücken vorbehaltlos bereits genehmigt.

Während in Mainz und Speyer zwei veraltete, aus den sechziger Jahren stammende, auch in ihrer Tragkraft nicht genügende Schiffsbrücken, die zur Durchfahrt der Schiffe immer wieder geöffnet werden müssen, den heutigen Verkehr einschließlich des Eisenbahnverkehrs einfach nicht mehr bewältigen können, besteht zwar in Mannheim bereits eine feste Brücke, aber sie genügt bei einer Fahrbahnbreite von 6,50 Meter bei weitem nicht dem Verkehr zwischen den beiden Großstädten Mannheim und Ludwigshafen. Es handelt sich somit um nichts anderes als dringende Verkehrsnotwendigkeiten und um Verbesserung bisher schon bestehender, aber ganz unzulänglicher Verkehrswege über den Rhein. Sowohl der zu

nehmende Sachverhalte wie auch der außerordentlich angewachsene Landverkehr, auch der Autoverkehr, haben diese Sachlage geschaffen, deren Unhaltbarkeit auch immer wieder Verkehrsunfälle und Schiffsbrückenbeschädigungen jedem, der sehen will, bestätigen. Immer wieder wurde sowohl von badischer wie pfälzischer Seite die schleunige Durchführung der Rheinbrückenbauten befürwortet, mit dem Erfolg, daß die ersten Raten bereits genehmigt wurden. Die Brücken sollen zusammen 42 Millionen kosten, auch haben sich das Reich, die Reichsbahn sowie die beiden Länder Baden und Bayern bereit erklärt, je ein Drittel der Kosten zu übernehmen. So kamen die Vorarbeiten, Messungen und Probebohrungen in Gang. Auch die Entwürfe liegen im einzelnen bereits fest, abgesehen von den Konstruktionen der Brücken, für die Ideenwettbewerbe ausgeschrieben wurden.

Die deutsche Uhrenindustrie ist überwiegend Exportindustrie, von ihrer Gesamtproduktion im Werte von jährlich 80 bis 90 Millionen, gehen für 55 Millionen Reichsmark nach dem Ausland. Während Taschenuhren in Sachsen hergestellt werden, zusammengesetzt auch in Pforzheim (aus schweizerischen Werken und Bestandteilen), produziert die Uhrenindustrie des badischen und württembergischen Hochschwarzwaldes Uhren aller anderen Arten von einfachen Werken und Wanduhren bis zu Luxusuhren, Turmuhr, Präzisionswerken, elektrischen Uhren, Schaltuhren usw. Aus alter Heimindustrie wurde der Weg zur großindustriellen Entwicklung gefunden, wobei die jüngere württembergische Industrie starke Einflüsse auf die badische Industrie gewonnen hat und auch im Besitz großer badischer Fabriken ist. Seit langem bemüht man sich erfolgreich um Rationalisierung durch Typisierung und Normung sowie durch Einführung arbeitssparender Maschinen und Fabrikationsmethoden. Der eine Zeitlang erstrebte Zusammenschluß in eine große Einheitsgesellschaft, einer Uhrentrust, gelang nicht, da es sich vielfach um Familienbesitz handelt. Immerhin sind jetzt die großen Unternehmungen in drei Gruppen organisiert. Viel wird noch in der Rationalisierung des Verkaufsapparates zu tun sein. Das seit Oktober 1927 geltende Abkommen zwischen Industrie und Handel, das auch den Einzelhandel umfaßt, und am 1. Dezember abläuft, wird verlängert. Die Großisten dürfen nur zu vorgeschriebenen Preisen liefern. Die Befreiung von Warenhäusern und Versandgeschäften mit Markenuhren ist ihnen unterstellt. Ab 1. Januar werden die Preise für Feder-, Wand- und Tischuhren um 11 Proz. erhöht, jedoch allen Uhrmachern, die nur von Vertragsfirmen bezogen haben, am Ende des Jahres ein Erneuerabatt von 10 Proz. gewährt.

Unsere Uhrenindustrie leidet sehr stark unter der Konkurrenz Frankreichs und Italiens, die als Länder mit sehr vor kurzem erfolgter Währungsstabilisierung niedrigere Löhne zahlen, sowie unter den Zollschranken, die an ihrer Stelle England und Amerika auferlegt haben. Trotzdem vermelden die Gesellschaftsberichte eine Steigerung der deutschen Uhrenaufuhr, die in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Wert von 46,4 Millionen (gegen 35,9 Millionen im Vorjahr) hatte. Die schweizerische Uhrenindustrie, die hauptsächlich Taschenuhren herstellt, hat eine Kontingentierung von Rohwerken und Uhrenteilen für die Ausfuhr beschlossen, um die Herstellung von Konkurrenzfabrikaten einzuschränken, was sich sowohl gegen die Pforzheimer Uhrenindustrie wie gegen ähnliche Industrien anderer Länder richtet. Neuerdings will Rußland Uhrenfabriken im eigenen Land errichten und hat um die Mitwirkung deutscher und schweizerischer Fabriken ersucht, die allerdings wenig Interesse daran haben werden, sich Konkurrenzfabriken großzügig zu geben.

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin lehnte am Donnerstag ein von den Deutschnationalen gegen den demokratischen Justiz- und Kultusminister Dr. Köller eingebrachtes Mißtrauensvotum mit Stimmengleichheit (26 : 26) ab. Ministerpräsident Schröder gab in Beantwortung einer Anfrage der Deutschnationalen eine Erklärung zur Frage der etwaigen Aufgabe der Selbständigkeit Mecklenburg-Schwerins ab. Er führte u. a. aus, daß die Staatsregierung mit den zuständigen Stellen im Reich bereits Verhandlungen wegen Änderung und Verlängerung des Finanzausgleichsgesetzes mit dem Ziele der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Mecklenburg-Schwerins führe.

Der sächsische Kultusminister fordert Austritt aus der Deutschen Studentenschaft. Bei der Leipziger Universität ist ein Schreiben des sächsischen Kultusministeriums eingegangen, in dem angeordnet wird, daß an allen sächsischen Hochschulen die studentischen Verbände und Einzelstudierenden nach dem preussischen Vorbild aus der Deutschen Studentenschaft austreten müssen. Am heutigen Freitag findet eine Abstimmung der Leipziger Studentenschaft über den Austritt aus der Deutschen Studentenschaft statt.

Gedächtnisfeier für Noald Amundsen. Die norwegische Regierung in Oslo hat zur Gedächtnisfeier Noald Amundsens am heutigen Freitag, den 14. Dezember, ein Programm festgelegt, wonach die Kirchenglocken Norwegens während zwei Minuten, von 12.00 bis 12.02 Uhr läuten und eine allgemeine Arbeitseinstellung während der zwei Minuten erfolgt. Der Schulunterricht fällt aus. Alle Flaggen werden auf Halbmast von 12 bis 14 Uhr gehißt. Auch die auswärtigen Dienststellen Norwegens, wozu auch die norwegischen Konsulate gehören, schlagen Halbmast.

Ein Festschauspiel in Berlin. Zwischen dem Reichsinnenministerium und dem Reichsverband der Deutschen Presse ist über die Errichtung des Festschauspiels, für das Reichsinnenminister Severing 225 000 RM aus den Überschüssen des drahtlosen Dienstes zur Verfügung stellte, ein Vertrag abgeschlossen worden. Laut „A. T.“ ist ein in der Tiergartenstraße gelegenes Haus in Aussicht genommen. Es soll vornehmlich Versammlungs- und Klubzwecken dienen und ein Sammelpunkt aller in Berlin ansässigen Journalisten sein.

Aus dem Reichstag

Vorweihnachtsliches Aufarbeiten

Im Reichstag kam am Donnerstag endlich die Vorweihnachtsstimmung zum Durchbruch. Nicht nur die Ausschüsse, sondern auch das Plenum suchte aufzuarbeiten, was irgend zu schaffen war.

In rascher Folge erledigte das Haus die Anträge zur Notlage der Winger, die Anträge zum Grunderwerbsteuergesetz, wobei beschlossen wurde, daß die Sondersteuer auf Fideikommiss und andere Grundstücke der sog. Toten Hand vorläufig nicht erhoben wird, und schließlich die Resolutionen des Rentenausschusses über die Rechtsverhältnisse der Parteistandbeamten. Dann beschäftigte man sich mit den Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen, die wesentlich erhöht wurden. Der Reichsrat wünschte, daß die den Ländern erwachsenden Mehrkosten vom Reiche getragen werden sollen; sein Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die dritte Novelle zur Unfallversicherung konnte am Donnerstag ebenfalls endlich verabschiedet werden. Dabei tritt man sich noch einmal um die Vericherung des kaufmännischen Personals der Fabrikbetriebe. Schließlich wurde ein Kompromißantrag angenommen, nach welchem die Kaufleute nur dann versicherungspflichtig sind, wenn die Verwaltungsabteilung in einem mit dem Zweck des Betriebes im Zusammenhang stehenden örtlichen Verhältnis steht.

Das neue Gesetz über die Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit konnte dagegen noch nicht verabschiedet werden. In später Abendstunde wurden die Abstimmungen darüber auf den heutigen Freitag vertagt. Heute soll auch die Beratung des Schankstättengesetzes und einer großen Anzahl internationaler Verträge sowie anderer kleiner Vorlagen erfolgen. Für Samstag hatte der Atteferrat noch die Erledigung des Nachtragssetats in Aussicht genommen. Im Laufe des Donnerstags kam es jedoch noch nicht zu einer Einigung der Parteien über diese Vorlage, so daß ihre Verabschiedung noch vor der Weihnachtspause wieder fraglich geworden ist.

DDJ, Berlin, 14. Dez. (Tel.) Im Reichstag war der heutige Vormittag wieder den Ausschüssen vorbehalten. Nachmittags um 2 Uhr beginnt die Vollsitzung, die sich mit einigen Handelsverträgen und anderen internationalen Übereinkommen beschäftigt und dann die Entscheidung über die Aussetzung der Fideikommisssteuer und über die Arbeitslosenversicherung der Saisonarbeiter bringen soll. Auch die Erhöhung des Zuckersolls, das Schankstättengesetz, die Winterbeihilfe für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner, sowie andere kleine Vorlagen stehen schon heute mit auf der Tagesordnung. Sie werden aber zum Teil wohl erst am Samstag in der letzten Sitzung vor den Weihnachtstagen, erledigt werden.

Severing über seine Verhandlungen

Laut „A. T.“ erklärte Reichsminister Severing in einer Unterredung, daß die jetzigen Besprechungen in Düsseldorf hauptsächlich informativen Charakter hätten, um die eingereichten brieflichen Unterlagen beider Parteien durch eine mündliche Aussprache zu ergänzen. Nach der jetzigen Sachlage werde unter allen Umständen eine Entscheidung gefaßt werden; diese Entscheidung würde jedoch nicht in Düsseldorf, sondern in Berlin erfolgen. Severing gedenkt am Samstag zurückzukehren. In den Besprechungen am Donnerstag teilt das Blatt mit, daß im Gegensatz zu den früheren Verhandlungen diesmal die Frage des Arbeitszeitabkommens, das von den Arbeitgebern bekanntlich gefordert worden ist, in die Erörterung einbezogen wurde. Morgen wird der Minister eine Reihe von Werken beschäftigen. Infolgedessen sind die Besprechungen mit den Vertretern der Arbeitgeber auf Samstag vormittag verschoben worden.

Der Konflikt Bolivien-Paraguay

W.W. Washington, 14. Dez. (Tel.) Der von der panamerikanischen Konferenz eingesetzte Sonderausschuß zur Erörterung des Konfliktes zwischen Bolivien und Paraguay hat beschlossen, der Konferenz zu empfehlen, daß sämtliche an der Konferenz teilnehmenden amerikanischen Republiken aufgefordert werden sollten, ihren moralischen Einfluß zur Herbeiführung einer Entspannung zwischen den beiden Nationen geltend zu machen.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Verwaltungsrat und den Vorstand der R.A.D. (Reichsorganisation für persönliche Berufsberatung e. V.), deren Protokollat er im vorigen Jahr übernommen hat. Der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Cuno, und Direktor Romberg berichteten über die Tätigkeit der R.A.D. im letzten Jahr. Der Reichspräsident wünschte für das kommende Jahr ihrer Arbeit, insbesondere den Bestrebungen zum Ausbau der R.A.D. in den Ländern, weiteren besten Erfolg.

Versammlungsverbot in Berlin. Unter Bezugnahme auf die schweren blutigen Ausschreitungen, die in letzter Zeit in Berlin vorgekommen sind, verbot der Polizeipräsident auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung bis auf weiteres im Ortspolizeibezirk Berlin alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge, wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Zu dem Denkmalaustausch zwischen Straßburg und München wird noch berichtet, daß der Schöpfer des Denkmals „Alter Rhein“ nicht der Bildhauer Reinhard, sondern Adolf v. Sildbrandt, der bekannte Schöpfer des Wittelsbacher Brunnens in München, ist.

Erhöhung des Zuckersolls. Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages genehmigte die Vorlage betr. Erhöhung des Zuckersolls.

Zum Präsidenten des österreichischen Nationalrates wurde Professor Girtler ernannt.

Das Remeler Aufwertungs-gesetz. Der litauische Gouverneur des Memelgebietes, Minister Merks, hat gegen das vom Memelländischen Landtag verabschiedete Aufwertungs-gesetz veto eingelegt. Dem Vernehmen nach gründet sich dieser Einspruch unter anderem darauf, daß der Memelländische Landtag nicht das Recht habe, durch ein Gesetz die Rechte von Ausländern zu regeln. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um deutsche Staatsangehörige.

Die finnische Regierung ist zurückgetreten.

Die Großdeutsche Partei in Österreich zur Beamtenfrage. Der Großdeutsche Landesparteitag für Wien und Niederösterreich forderte in einer Entschließung eine endgültige einheitliche Regelung der Beamtenfrage. Sollte der Großdeutsche Abgeordnetenvorstand dies bei der Regierung nicht durchsetzen können, so fordert die Landesparteileitung die Zurückziehung der großdeutschen Minister aus der Regierung.

Amerikanische Militär- und Zivilflugzeuge. „Daily Telegraph“ berichtet aus Chicago, daß nach einem Bericht des Sekretärs der Handelskammer für Luftschiffahrt im Jahre 1928 in Amerika über 4000 Militär- und Zivilflugzeuge im Wert von rund 15 Millionen Pfund Sterling bestellt worden sind. Für 1929 sei der Bau von 12 000 Flugzeugen vorgesehen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DDJ, Karlsruhe, 13. Dez.

In der Aussprache zur Notlage im oberen Wiesental spricht zunächst Abgeordneter Oßkirch (Deutsche Volkspartei) die offenbar vorhandenen Mißstände, die in gleicher Weise wie für das obere Wiesental auch für das kleine Wiesental zuträfen. Die Straßenverhältnisse seien außerordentlich schlecht. Die Nebenbahn müßte zur Vollbahn ausgebaut werden. Es sei immerhin an die Straßenlostenbeiträge der Gemeinden zu denken und an der Zeit, daß durch ein neues Straßengesetz die Dinge neu geregelt und vor allem durchgehende Kreisstraßen vom Staat übernommen würden. Ferner könnte man Mittel aus dem Ausgleichsfonds für notleidende Gemeinden zur Verfügung stellen. Die An siedelung von Industrie sei eine absolute Notwendigkeit. Das Hauptübel liegt in der Verfallsfrage. Man sollte die Nebenbahn wenigstens bis Pahl fortzuführen im Interesse der Belebung des Fremden- und Winterportverkehrs.

Abg. Markloff (Soz.) anerkennt, daß die Denkschrift der Schopfleimer Handelskammer ein objektives Bild der dortigen Wirtschaftslage gebe. Um die Arbeiteranstellung zu fördern, müßte an das Reich appelliert werden. Auch sei eine Umstellung der Betriebe zu erwägen.

Abg. Wehringer (Dnt.): Es müsse alles getan werden, um die Bewohner der heimischen Scholle zu erhalten.

Abg. Hofmeier (Dem.) wünscht ähnliche sozial-wirtschaftliche Studien auch für andere badische Landesteile. Hier eröffne sich eine dankbare Aufgabe des Statistischen Landesamtes.

Abg. Geurich (Ztr.) regt die Ausarbeitung einer Denkschrift über die gesamte Lage der badischen Industrie an und fordert gebührende Berücksichtigung unseres Grenzlandes bei Verteilung der Reichsmittel.

Ministerialrat Seeger vom Finanzministerium erklärt: Die Regierung hat bisher in der Frage der Vahnbauten das Möglichste getan. Bis heute sind noch nicht die dringlichsten Vahnbauten, die auf Grund des § 17 des Eisenbahnvertrages uns rechtlich zustehen, verwirklicht. (Hört, hört! Abg. Dr. Sauer [Ztr.] ruft: Zu was machen wir Staatsverträge?) Redner fortsetzend: Verhandlungen sind im Gange. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um unsere Rechte zu wahren. Es erhebe sich aber die Frage, ob nicht Vahnbauten, die wir 1920 für wichtig hielten, heute vor anderen zurücktreten müssen. Zu letzteren gehöre die Frage der Verlängerung der Zell-Lobdener Bahn. Die Schaunlandsbahn sei in der Hauptsache eine Touristenbahn und stehe jener Verlängerung nicht im Wege. In der Genehmigungsurkunde sei festgelegt, daß man es sich gefallen lassen müsse, wenn neben der Schaunlandsbahn eine weitere Bahn kommen sollte. Die Straßensünsche und Kostenbeitragsregelung würden Sache einer Änderung des Straßengesetzes sein und von der Regierung nicht aus dem Auge gelassen, ebenso das Verlangen nach besserer Beförderung der Arbeiter an die Arbeitsplätze.

Ministerialdirektor Höpferbach betont, daß die Wirkungen der neuen Grenzziehung aufs ganze Land übergriffe. Man sei äußerst bestrebt, die Räte des Wiesentales beizubehalten, die in der Hauptsache eine Verkehrsfrage darstellten.

Damit ist die Aussprache beendet. Präsident Dr. Baumgartner gibt den Eingang verschiedener zu der Materie gestellten Anträge bekannt, die nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte an den Haushaltsauschuß verwiesen werden.

Es folgt der Bericht des Abg. Seubert (Ztr.) über das Gesuch des Bürgermeisters von Dardheim namens der beleiligsten Gemeinden betr. Fortführung des

Vahnbau des Waldbür-Taberbachsheim

Der Ausschuß beantragt, die Eingabe in dem Sinne empfehlend zu überweisen, beim Reich mit allem Nachdruck auf die Erfüllung der durch § 17 und 18 des Staatsvertrages über den Übergang der badischen Bahnen an das Reich übernommenen Verpflichtungen hinzuwirken, damit der Bau jener Bahn baldigt in Angriff genommen wird.

Abg. Dr. Sauer (Ztr.) kritisiert scharf die Verzögerung des Vahnbauens. Man feiere zuerst das 40jährige Jubiläum eines unerfüllten Wunsches. Eine solche ablehnende Stellungnahme des Reiches könne nur Erbitterung in der Bevölkerung des Grenzlandes hervorrufen.

Abg. Hertle (Dnt.) pflichtet dem Redner darin bei, daß die enbliche Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag entschieden verlangt werden muß.

Abg. Raet-Heidelberg (Soz.) ist ebenfalls der Auffassung, daß es sich um bereits angefangene Vahnbauten handelt, die unbedingt fertiggestellt werden müssen. Seitens der Reichsbahn wäre ein Entgegenkommen wohl am Platze. Er verlangt dies auch für die Heidelberger Bahnwünsche, namentlich was die Verhältnisse am Karlsruh betrifft. Die Regierung möge in Berlin ein ernstes Wort reden.

Abg. Gündert (D. Vpt.) teilt den Standpunkt, daß es sich um die Ausführung einer vertraglichen Verpflichtung handelt. Der Einwand der Unrentabilität verstoße gegen den volkswirtschaftlichen Grundgedanken, daß jedes entwicklungsfähige Gebiet dem Verleer erschlossen werden muß. Auch Pforzheim habe über die Reichsbahn zu klagen.

Abg. Hofmeier (Dem.) stellt fest, daß das historische und Vertrags- und moralische Recht auf Seiten des badischen Staates stehe und beachtet werden müsse, wenn nicht der Grundsat von Treu und Glauben ins Wasser geraten soll.

Ministerialrat Seeger erklärte, daß der Antrag der Regierung erneut Veranlassung geben werde, auf die Erfüllung der aus den Staatsverträgen resultierenden Verpflichtungen zu dringen. Was die Eisenbahnabfindung betrifft, nach welcher der Abgeordnete Hertle gefragt hat, so sähen alle beteiligten Regierungen, die noch nicht abgefunden sind, Verhandlungen.

Abg. Seubert (Ztr.) bedauert, daß Baden seinen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn hat. Das Nachbarland Württemberg werde von der Reichsbahnverwaltung ganz anders behandelt.

Der Ausschußantrag wird schließlich einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Freitag, vorm. 9 Uhr, Schluß 1/2 Uhr.

DDJ, Karlsruhe, 14. Dez. 1928.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung mit Bekanntgabe der Eingänge. Es liegt u. a. ein Antrag Hertle u. Gen. (Dnt.) betr. Aufhebung der Gebäudendecksteuer vor.

Zunächst beantwortet Oberregierungsrat Emle eine kommunistische kurze Anfrage,

die sich gegen eine Anordnung des Landesarbeitsamtes Stuttgart auf Zusammenlegung von Auszahlungstellen für die Erwerbslosenunterstützung richtet. Die Unterstützungsbedürftigen müßten infolgedessen oft einen kilometerweiten Weg machen. — Der Regierungsdirektor erklärt, daß für Beschwerden der Verwaltungsrat des Landesarbeitsamtes zuständig sei und der Regierung die Rolle des Vorklägers nicht gut anstehe. Einem Beschlusse des Hauses würde sich der Innenminister natürlich gerne unterziehen.

Auf der Tagesordnung steht die
Fürliche Anfrage
der volksparteilichen Fraktion betr.
die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens,
die vom Abg. Dr. Mattes begründet wird.

Er ging aus von der Not der Landwirtschaft als einem internationalen Problem. Neue technische Fortschritte nutzbar zu machen, sei erschwert durch die Unmöglichkeit, die neuen Kapitalien aufzunehmen. Neben diesem Produktionsproblem stehe das allgemeine Organisationsproblem. Die schwache Position der Landwirtschaft habe seinen Grund in dem Gegensatz der wirtschaftlichen Struktur von Landwirtschaft und Gewerbe. Nur bei verbandsmäßiger Organisierung könne man den Schwierigkeiten begegnen. Hierbei spiele die Frage des Ein- und Verkaufs der landwirtschaftlichen Genossenschaften eine bedeutende Rolle. Dieses Gebiet müsse in Ordnung gebracht werden. Wir haben bereits über ein halbes Jahrhundert landw. Genossenschaften in Deutschland. Heute müssen wir eine unglückliche Zersplitterung und zum Teil eine sehr starke Verschuldung feststellen. Wir zählen insgesamt rund 30 000 landw. Genossenschaften. Der Raiffeisenverband hat 70 Millionen Reichsmark Schulden; auch der Genossenschaftsverband des Reichslandbundes ist stark verschuldet. Die Lage der Gesamtvereinigungen der Deutschen Bauernvereine ist dem Redner nicht bekannt. Er erinnert dann an das im Vorprogramm gestellte Ziel der Vereinigung des landw. Genossenschaftswesens und gibt weiter einen Rückblick auf die genossenschaftliche Entwicklung in Baden, wo 1872 die erste Genossenschaft gegründet wurde. Heute werde von 5 Stellen aus das bad. landw. Genossenschaftswesen regiert. Baden sei das zersplitterteste und überorganisierte landwirtschaftliche Gebiet in ganz Deutschland. Bei 8 Proz. landw. Fläche haben wir 9 Proz. der deutschen landw. Genossenschaften. In einem Drittel der 1500 badischen Gemeinden bestehen zwei Organisationen nebeneinander. Die beiden großen Verbände, Landw. Hauptgenossenschaft und Badischer Bauernverein, verteilen sich aufs ganze Land. Diese Doppelorganisation beschränke sich nicht nur auf örtliche Warenorganisationen, sondern betreffe auch die Bezirkszentralen. In 35 badischen Bezirken beständen zwei Lagerhäuser bzw. Zentralen. Auf dem wichtigsten Gebiete des Wiesens landw. Produkte an die Konsumenten hätten die Genossenschaften völlig verlagert. Andererseits seien übermäßige Verwaltungskosten und dazu positive Vermögensverluste entstanden. Es sei ein Verdienst des neuen Präsidenten des Badischen Genossenschaftsverbandes, Heidel, daß er 1926/27 die Agrarindustrie abgetrennt, und die Vereinfachung durchgeführt hat. Der Redner erwähnt in diesem Zusammenhang Verluste der Freiburger Bauernbank, die nicht etwa entstanden seien bei der Landwirtschaft, sondern durch Kredite an die Industrie eingetreten wären. Was es nun zu der Zersplitterung gekommen? Es war die Konkurrenz zwischen den landw. Genossenschaften, und nicht zuletzt die Parteipolitik, was die Einigung unmöglich gemacht habe. Auch durch die Vera Gehhardt sei die Zersplitterung gefördert worden.

Abg. Dr. Mattes schließt mit der Forderung auf vollkommene Einigung der Landwirtschaft abgestimmt. Eine Zentrale, eine Kantonalorganisation, ein Generaldirektor, eine Genossenschaft in jedem Orte und Ausschluß der Parteipolitik. Der Genossenschaftsverband werde eine besondere Rolle beim Neuaufbau spielen, der natürlich nur erfolgen könne nach Sanktionung des Allen

Der badische Staatspräsident beim Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Donnerstag den neugewählten badischen Staatspräsidenten und Minister der Finanzen, Dr. Schmitt, der während seines Berliner Aufenthaltes bei einer Reihe von Reichs- und Staatsbehörden Besuche machte. Am Freitagmorgen trat der badische Staatspräsident die Heimreise nach Karlsruhe an.

Aus Anlaß der erstmaligen Anwesenheit des badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt fanden — wie uns aus Berlin berichtet wird — in der Berliner Badischen Gesandtschaft am Mittwoch- und Donnerstagabend zwei Festempfangsveranstaltungen statt, die starkes badisches Heimatsgefühl trugen. Am Mittwochabend hatten der badische Gesandte Honold und seine Frau die badische Kolonie in Berlin zu Gast geladen. Im Laufe des Abends begrüßte der Gesandte Honold die Gäste und gab seiner besonderen Genugung darüber Ausdruck, daß der traditionelle Heimatsempfang der Berliner badischen Gesandtschaft mit seinem starken heimatlichen Gehalten diesmal in Anwesenheit des neugewählten badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt gefeiert werden könne. Weiter ehrte er Professor Gustav Wans, der in diesen Tagen seinen 50. Geburtstag feiern konnte und wies auf die großen Verdienste Dr. Wans hin.

Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt wies in einer längeren Ansprache darauf hin, wie sehr es ihn freue, in Berlin so viele heimattreue Landsleute zu finden. Er erwähnte sie, in ihrem ganzen Tun und Sein der Tatsache zu gedenken, daß Baden jetzt als Grenzland einen schweren Kampf um sein wirtschaftliches Vorwärtkommen kämpfen müsse. Baden verpflichtete alle Bader dazu, wo sie nur könnten, für die Schönheit und das Wirtschaftsleben der badischen Heimat zu werben und sich nicht verdrießen zu lassen, ein gutes Wort für die alte badische Heimat einzulegen.

Am Donnerstagabend fand ebenfalls in den Räumen der Gesandtschaft ein großer politischer Gesellschaftsabend statt. Von den Mitgliedern der Reichsregierung waren der aus Baden stammende Reichskanzler Müller, der ebenfalls aus Baden stammende Landwirtschaftsminister Dr. Dietrich, die Reichsminister Koch-Weser und von Guérard anwesend. Von ausländischen Diplomaten sah man den päpstlichen Nuntius Pacelli, den amerikanischen Votschafter Hurman (eben im Begriff wegen der neuen ihm zugeordneten Ehrentitel nach Deutschland abzureisen), den russischen Votschafter Krestinski, den österreichischen Gesandten Brand und zahlreiche andere Diplomaten. Besonders zahlreich waren auch süddeutsche Abgeordnete erschienen. Vertreter aus Kunst und Wissenschaft und zahlreiche Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben waren zugegen.

Beide Abende zeichneten sich durch fröhliche süddeutsche Geselligkeit und heimatlich anmutende Winterfeier aus.

Tagungen

Die Hauptversammlung des Badischen Lehrervereins wird am 25. und 26. März 1929 in Freiburg abgehalten werden. Deutscher Weinbaukongress. Der in Offenbach im Jahre 1929 stattfindende deutsche Weinbaukongress wird voraussichtlich vom 23. bis 26. August abgehalten werden.

Der Krankenhausweiterbau in Rehl. Die endgültigen Pläne für die Erweiterung des Krankenhauses sind jetzt vom Gemeinderat genehmigt worden. Die Baukosten werden einschließlich der Einrichtung rund 180 000 RM betragen.

Aus der Landeshauptstadt Das Karlsruher Bahnpostamt

Am Donnerstag hatten Vertreter der Karlsruher Presse Gelegenheit, das Karlsruher Bahnpostamt, dessen bauliche Erweiterung gegenwärtig im Gang ist, zu besichtigen. Vorträge des Präsidenten der Oberpostdirektion, Lämmlein, und des Leiters des Postamts, Oberpostdirektor Koch, gaben hochinteressante Einblicke in den modernen Postbetrieb.

Man erfuhr u. a., daß das Karlsruher Bahnpostamt infolge der Abtretung Straßburgs aus dem Rahmen einer Orts- und Bahnpostanstalt herausgewachsen und eines der wichtigsten deutschen Grenzpostämter geworden ist. Es verarbeitet jetzt die gesamte Brief- und Paketpost, die ins Ausland, nach dem Südwesten Europas geht, also nach Frankreich, Spanien, Portugal und weiter. Nicht nur diese Tatsache, sondern auch der zunehmende Verkehr hat den Erneuerungsbedarf notwendig gemacht, durch den Karlsruhe eines der modernsten Umschlagpostämter bekommen wird. Bereits jetzt konnte in einem Teil des Neubaus der Betrieb aufgenommen werden. Das Bahnpostamt (2) hat mehr Aufgaben und auch mehr Personal als das Postamt 1 in der Kaiserstraße. Bei der Post ist übrigens eine moderne Verwaltungsreform im Gang, durch die viel Leerlauf vermieden wird, und bei der auch untere Stellen eine gewisse Selbständigkeit und Verantwortung erhalten. Trotz weitgehender Vereinfachungen, z. B. beim Verkehr mit Einsparungsstellen, ist die Kontrolle eher schärfer als vorher. Durch die Reformen ist es möglich, auf der einen Seite Personalkräfte einzusparen, auf der anderen Seite das System der Zweipostanstalten auszubauen. Nachdem in diesem Jahr in drei Bezirken (Mastst, Rehl und Bruchsal) der Bahnpostverkehr mit Kraftwagen eingeführt wurde, die Rundfahrten durch die Bezirke machen, wird auch im kommenden Jahr in weiteren 11 Bezirken damit fortgefahren. Dadurch wird eine zweimalige Postzustellung und -Abholung auf dem Lande ermöglicht.

Ein Rundgang zeigte jenseits der Vielseitigkeit der Aufgaben des Karlsruher Bahnpostamts mit seinen 381 Beamten, wie den modernen Postbetrieb überhaupt. Das Postamt Karlsruhe 2 verleiht den Dienst eines „Bahnpostamts“ mit eigenen Bahnpostwagen, in denen der Briefortier- und Paketdienst während der Fahrt besorgt wird. Es ist „Paketzustellamt“ für Karlsruhe (einschließlich Weierheim, Wulach). Als Verpostungsanstalt muß es Auslandspostsendungen für Empfänger aus der Umgebung bezollt. Als „Flugpostanstalt“ vermittelt es den Luftpostverkehr über den hiesigen Flughafen. Als „Annahmestelle“ und „Ausgabepostanstalt“ bedient es das Publikum (mit Nachtverkehr). Auf sozialem Gebiet ist es als rentenzahlende Postanstalt tätig. Diese Beamten verteilen wie folgt: Briefabfertigung (108), Inlandspostkammer und Postbahnhof (124), Bahnpoststelle (32), die Auslandspostkammer (41), die Schalterstelle (11), die drei Zweipostämter (zusammen 13), die Wertbrief- und Wertpaketstelle nebst Zeitungsstelle und Agenturstelle (zusammen 16), Kraftwagenstelle (16), Postagenturen (5), Postamtshauptkasse und Rentensstelle (3), der Rest (12 Beamte) entfällt auf die Amtsleitung, Abteilungsleiter und Amtszimmerpersonal.

Die Hauptarbeit ist die Sortierung der Postfächer, die nun in dieser Vorweihnachtszeit in immer gewaltigeren Mengen einlaufen. Dafür hat man ein äußerst sinnreiches System gefunden, durch das die Postfächer nach Bahnlängen und Orten, nach Einschreibeforderungen, Eilbriefsendungen usw. getrennt werden. So scheidet eine „Langholzstelle“ sogleich von vornherein die umfangreichen Druckfächer, meterlangen Rollen usw., die nicht in die gewöhnlichen Sortierfächer passen würden, aus und verarbeitet sie getrennt. Gewaltig ist die Zunahme des Raddienstverkehrs infolge Einführung des 2-Mio.-Raddienstes. Besonders interessant ist die Verteilung der Auslandspost (Briefe und Pakete) in Säge und besonders deren Kurzwagen, die zum Teil bis nach Spanien durchlaufen.

Zum Schluß noch einige Zahlen über den Geschäftsbereich der Oberpostdirektion Karlsruhe. Er erstreckt sich auf die badischen Kreise Rastbach, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe und Baden, sowie auf einzelne Teile des Kreises Offenburg und den hessischen Amtsgerichtsbezirk Wimpfen. Zahl der Verkehrsanstalten (einschließlich Hilfsstellen), beträgt 813, und zwar 135 Postämter und Zweipostämter, 1 Bahnpostamt, 1 Postfachamt, 1 Kraftpostwert, 3 Telegraphenämter, 3 Telegraphenbauämter, 267 Postagenturen, 25 Postagenturen mit einfacherem Betrieb, 43 Poststellen, 341 Hilfsstellen.

Die Gesamtzahl des Personals im O.P.D.-Bezirk beträgt: Beamte 5502, Angestellte und Arbeiter 1156, Telegraphenarbeiter 888; zusammen 7406.

Präsident Lämmlein machte auch noch Mitteilungen über das Kraftpostwert, das auf dem Grundriss in der Juppelstraße untergebracht wurde, und zur Zeit durch Schaffung einer großen Montagehalle weiter ausgebaut wird. Im ganzen Deutschen Reich befinden sich nur 5 Kraftpostwerte, nämlich in Berlin, Vorpommern, Erfurt, Dortmund, Bamberg und Karlsruhe. Im neuen Kraftpostwert in Karlsruhe sollen die gesamten Kraftpostwagen der Oberpostdirektionsbezirke Karlsruhe und Konstanz, also für ganz Baden, ferner Darmstadt (Hessen), Frankfurt (Main) (Hessen-Nassau), Koblenz (Regierungsbezirk Koblenz) und Trier (Regierungsbezirk Trier) untergebracht werden. Die Schaffung des neuen Kraftpostwertes bedeutet somit für das Land Baden, speziell für die Landeshauptstadt Karlsruhe, einen großen wirtschaftlichen Gewinn. Wie mächtig sich das Kraftpostwert entwickelt hat, zeigt folgendes Verkehrsdiagramm: Ende 1921 22 Kraftpostlinien, 33 Personenkraftwagen, 596 857 zurückgelegte Kilometer, 650 341 beförderte Personen; Ende 1927: 45 Kraftpostlinien, 109 Personenkraftwagen, 1 554 888 zurückgelegte Kilometer, 2 077 866 beförderte Personen.

Gesundes Leben und hohes Alter durch Säuretherapie ist das Thema eines populären Vortrags, den Professor Dr. S. von Raff aus München am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, halten wird. Vorkauf bei Kurt Reufeldt.

Die Galerie Moos, Karlsruhe, Kaiserstr. 187, stellt sämtliche am 18. Dezember in ihrer 6. Kunstausstellung zur Versteigerung gelangenden Gemälde (darunter Werke von Berger, Dill, Fehr, Schönbauer, Thoma, Weyher und Antiquitäten jeder Art, Silbergerätschaften, Bronzen, Jumi, Uhren, Eilmöbel, ferner Porzellanstücke u. a. zur Vorbesichtigung am Freitag, 14. Dezember, Samstag, 15. Dezember, und Sonntag, 16. Dezember, in ihren Räumen aus. In den Besichtigungstagen findet bereits ein Preisverkauf in Teppichen, Möbeln und Kunstgegenständen statt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Von einer neuen weit südlich liegenden atlantischen Zelle zieht sich neuerdings ein Ausläufer nach der Biskaya mit einem Druckfallgebiet vor den Westalpen. Durch das verstärkte nordwestliche Hoch werden die kalte Nordströmung und der Frost anhalten, doch ist nur vorübergehende Unterbrechung der Schneefälle zu erwarten. Wetterausichten für Samstag: Nur vorübergehende Unterbrechung der Schneefälle; Frost weiter andauernd bei teilweiser Aufhellung, nachts Strahlungsfrost.

Die Verkaufszeit am Sonntag. Am Sonntag, den 16. Dezember, sind die Karlsruher Geschäfte von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Kurze Nachrichten aus Baden

13. Mannheim, 13. Dez. Der Separatistenführer Oswald Zimischer, der f. J. vom Frankenthaler Schwurgericht wegen Ermordung dreier Pfälzer Bürger aus Lamprecht bzw. Schifferstadt dreimal zum Tode verurteilt wurde und sich in der bayerischen Strafanstalt Ebrach befand, ist nunmehr auf Grund der Amnestie zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

12. Schweigen, 12. Dez. Vor etwa drei Wochen wurden drei Männer verhaftet, die in Reilheim (Ost. Redarjulum) aus dem Bahnhofsgebäude den 7 Zentner schweren Rasenstrand geraubt und in einem mitgebrachten Auto eingeführt hatten. Es handelt sich hier um den 45 Jahre alten verh. Julius Reichert aus Mannheim, den 25 Jahre alten Cyprian Bernmann Haaf und den schwer vorbestraften, aus dem Gefängnis entsprungenen 83 Jahre alten Johann Hofmann aus Speyer. Ermittlungen haben nun ergeben, daß die Bande auch den schweren Raub einbrüche in Reilingen verübt hat. Weitere Raub einbrüche wurden im Oktober in St. Ilgen, in Sulzbach und in Mauer verübt.

12. Altheim (bei Buchen), 12. Dez. Zur Festnahme des 19jährigen Brandstifters Heinrich Weiler sind noch folgende Einzelheiten zu berichten: Im Herbst d. J. schlug der Blitz in das elterliche Haus des Weiler. Seit dieser Zeit soll der Verhaftete nervös gereizt gewesen sein. Bei der Hausdurchsuchung soll Benzol vorgefunden worden sein. Die Eltern sind durchaus rechtschaffene Leute; der Vater ist einer der angesehensten Landwirte von Altheim. Verschiedene Personen, die als verdächtig verhaftet waren, wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Brandstifter konnte beobachtet werden, wie er nachts um ein Haus schlich. Ferner wurde gesehen, wie er auf eine Scheune zugeht. Fünf Minuten später stand diese Scheune in Flammen. Seit seiner Festnahme ist kein Brand mehr vorgekommen.

13. Freiburg i. Br., 13. Dez. Die letzten Tage haben im südlichen Schwarzwald weiterhin reichliche Schneefälle gebracht, so daß jetzt auf den hohen Lagen eine Schneedecke bis zu einem Meter gemessen wird. Seit gestern schneit es auch in den Tälern und in der Rheinebene bei etwa 0 Grad.

13. Bräunlingen, 14. Dez. Heute nacht gegen 1/2 12 Uhr entstand im Sägewerk des Gustav Scherzinger ein Schuppenbrand, das etwa die Hälfte des Wertes in Höhe legte. Die beiden Sägewerke wurden nur wenig beschädigt; dagegen sind verschiedene Kleinmaschinen, Werkzeuge, Brettervorräte, letztere im Werte von etwa 5000 RM, verbrannt. Der Betrieb des Wertes ist vorläufig stillgelegt, wird aber in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Handel und Wirtschaft

Die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft zu Berlin legt, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, vom 18. bis 31. Dezember d. J. 10 000 000 RM. 8% Central-Goldpfandbriefe vom Jahre 1928 zur öffentlichen Zeichnung auf. Diese bilden einen Teilbetrag der neuen Emission, welche an der Berliner Börse bereits amtlich notiert wird und auch in Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Leipzig eingeführt werden wird. Letzthin war der Börsenkurs 98%. Der Zeichnungskurs dagegen ist auf 97,50% festgesetzt. — Grundkapital und Reserven der Gesellschaft betragen 26 168 420 RM. Am 30. November 1928 war ein Bestand von 800 756 270 RM. erwerbene Hypotheken vorhanden, wogegen 294 453 135 RM. Central-Goldpfandbriefe sich im Umlauf befanden.

Verschiedenes

Ein Erdstoß im Rheinland

14. Köln, 14. Dez. (Tel.) Gestern abend um 20.38 Uhr wurde in Aachen ein leichter Erdstoß verspürt, der etwa 4 bis 5 Sekunden andauerte und von einem unterirdischen Rollen begleitet war. Der Stoß wurde im Norden der Stadt stärker wahrgenommen, wo die Häuser erzitterten und Bilder und Möbel schwankten. Aus der näheren Umgebung Aachens waren bisher keine Mitteilungen zu erlangen, dagegen wurde in Köln um diese Zeit vereinzelt eine leichtere Erschütterung festgestellt.

Zum Unglück des Flugzeugs „Rheinland“

14. Magdeburg, 14. Dez. (Tel.) Wie von ärztlicher Seite aus dem Krankenhaus Gardelegen mitgeteilt wird, gibt der Zustand des bei dem Flugzeugunglück von Zeplingen verunglückten Fahrgastes, des Kaufmanns Georg Hermann, nicht mehr Anlaß zu erster Besorgnis. Der Verunglückte hat eine schwere Nervenschüttelung sowie Hautabschürfungen beim Aufprallen des Flugzeugs auf die Erde davongetragen. Ferner sind seine beiden Hände mit Brandwunden bedeckt.

Erderschütterung in Barcelona

14. Madrid, 14. Dez. (Tel.) In Barcelona wurde heute eine heftige Erderschütterung wahrgenommen, die von einem fernen unterirdischen Rollen aus nordöstlicher Richtung begleitet war. Der Einwohnerstand bemerkte die große Erregung. Nach einer Mitteilung des Observatoriums an die Agentur Habana ist dieses Naturereignis eine Teilerdbeben der Erderschütterung, die seit einiger Zeit an der Ostküste bemerkt werden.

Influenzaepidemie in New York

14. London, 14. Dez. (Tel.) „Times“ berichtet aus New York: Eine Influenzaepidemie, deren Ausdehnung mit der des Jahres 1918 verglichen werden kann, aber nicht so bösartig verläuft, breitet sich in den Vereinigten Staaten rasch aus. Der Generalarzt des Gesundheitsdienstes hat einen besonderen Ausschuss ernannt, um dem Publikum bei der Bekämpfung der Krankheit mit Rat zur Seite zu stehen. Die Zahl der an Influenza erkrankten Personen wird auf 300 000 geschätzt.

Religiöse Selbstopferung in Mexiko

13. Mexiko-City, 13. Dez. (Tel.) Ein tragisches Menschenopfer kennzeichnete das gestrige Fest der Jungfrau von Guadalupe, der Schutzheiligen von Mexiko. Eine große Menschenmenge hatte sich um die Kirche der kleinen Stadt San Angel, wenige Meilen von Mexiko entfernt, versammelt, wo General Obregon im letzten Juli ermordet worden war. Blühlich begannen die Gloden leise zu klingen und wurden jede Minute lauter. Als sie verstummten, erschien ein Mann, der sie geläutet hatte, auf dem Balkon des Turmes. Nach einer Geste, die um Ruhe ersuchte, begann er eine Ansprache an die Menge zu halten. Er sagte: „Dies ist der Tag unserer lieben Frau von Guadalupe. Ich bin der Jungfrau ergeben und will ein Opfer zu ihren Ehren darbringen. Die Menschenmenge machte sich über ihn lustig. Darauf rief er: „Was, ihr nehmt mich nicht ernst? Nun gut, ich werde in diesem Augenblick sterben.“ Mit diesen Worten warf er sich vom Balkon hinunter und war sofort tot.

Badische Lichtspiele * Konzerthaus

Samstag, d. 15., bis Mittwoch, d. 19. Dez., jeweils 20,15 Uhr. Sonntag, d. 16. Dez., nur 16 Uhr.

„Der Katzensteg“

Nach dem gleichnamigen Roman von **Hermann Sudermann** †

Musikbegleitung,
Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.
Kartenvorverkauf: Musikh. Fritz Müller, Kaiserstr.

6. Kunst-Auktion
der Galerie Moos, Karlsruhe
Kaiserstraße 187

Dienstag, 18. Dezember 1928
vorm. 10-1 und nachm. 3-6 Uhr

Wir versteigern

über 150 Gemälde
darunter Werke von Berger, Canon, Daur, Dill, Luntz, Schönleber, Thoma u. a.

Ferner

ca. 30 Perser-Teppiche
darunter prachtvolle alte Stücke, Salonmöbel, Kommoden, Sessel in Barock, Biedermeier etc.
1 vollständiges Biedermeier-Zimmer

Antiquitäten aller Art
in Silber, Bronze, Porzellan, Zinn

Freie

Vorbesichtigung:
Freitag, 14. Dezember, Samstag, 15. Dezember und Sonntag, 16. Dezember
An den Besichtigungstagen

Großer Freihandverkauf
Teppiche, Möbel, div. Kunstgegenstände zu niedrigst angesetzt Taxpreisen

Stellenangebot.

Die **Ortspolizei-Beamtenstelle (Polizeidiener)** der Stadtgemeinde Kandern ist alsbald neu zu besetzen. Geeignete Bewerber, welche die Bedingungen des § 12 des Bad. Polizeigesetzes (Besuch der Polizeischule, Staatspolizei) erfüllen, wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen hierüber und über ihre bisherige Tätigkeit, unter Anschließung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und Angabe der Gehaltsansprüche alsbald schriftlich melden. Familienwohnung ist vorhanden.

Mit der Dienststelle ist die Versorgung von Ortsdienergeschäften (Zustellungen, Verkündigungen) verbunden. Kandern, den 10. Dezember 1928.

Der Gemeinderat:
G. B.

Centralboden

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft

Von unseren neuen

8 7/8 % Central-Gold-Pfandbriefen

vom Jahre 1928, mit April-Oktober-Zinsen, die an der Börse von Berlin bereits amtlich notiert werden und deren Zulassung auch für Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Leipzig beantragt ist, legen wir **10 000 000 Goldmark** zum Kurse von **97,50%** — zuzüglich Stückzinsen vom 1. Oktober bis zum Abnahmetage — zur Zeichnung auf.

Die Zeichnung findet statt **vom 18. bis zum 31. Dezember 1928**, früherer Schluß vorbehalten.

bei der Preussischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft, Direction der Disconto-Gesellschaft und deren Zweiganstalten, S. Bleichröder, Berlin, Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln

in Karlsruhe bei der **Badischen Bank Strauß & Co.**
Süddeutschen Disconto-Gesellschaft, A.-G. Filiale Karlsruhe

und bei den sonstigen Zeichnungsstellen sowie bei allen Bankfirmen und Sparkassen, wo ausführliche Prospekte zu beziehen sind.

Die Abnahme der Pfandbriefe kann bis zum 31. Januar n. J. erfolgen. Stücke liefern wir sofort.

Eine Kündigung ist frühestens zum 1. Oktober 1934 zulässig. Die Tilgung muß spätestens 1966 beendet sein.

Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Goldmark. Die Beleihbarkeit in Klasse A durch die Reichsbank ist bereits beantragt.

Die Aufsicht der Preussischen Staatsregierung wird durch einen für die Gesellschaft bestellten besonderen **Staatskommissar** ausgeübt.

Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49 3. 205

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft
Bindemann Hartmann Desterlinsk Brede

Rathausaal

Freitag 14. Dezember
abends 8 Uhr

Populärer Vortrag. Einziger Abend.
Prof. Dr. S. v. Kapff (München)
spricht über 191

Gesundes Leben u. hohes Alter durch Säure-Therapie

Zur teilweisen Deckung der Unkosten
Einheitspreis von 50 Rpf.

Kriegsbeschädigte haben bei Ausweis freien Eintritt.
Vorverkauf bei **Kurt Neufeldt**
Konzertdirektion **Waldstr. 39.**

Unsere Geschäftsräume befinden sich ab heute
im Hause der Rheinischen Kreditbank, Ritterstraße 3, III. Stock.

Dr. Ludwig Haas, Dr. Raphael Strauß,
Dr. H. Kessler, Dr. Fritz Oppenheimer,
Rechtsanwälte. 206

Kassenschränke

Scherengitter in Spezialausführung
Eiserne Schränke — Fahrradständer

lieferiert 769

Herm. A. Siefert, Lahr i. B. Telephon 2843

Kassenschrankfabrik und Eisenkonstruktions-Werkstätten

1 Paar kaum gebrauchte
5-m-Messlatten
(Fabr. Mettler),
2 Fingerringe
billig abgegeben.
Zuschrift unter 3.192 an die Karlsruher Zeitung.

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsenstr. 4 beim Remdelplatz

Flügel
Pianos 724
Harmoniums

Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Badisches Landestheater

Samstag, 15. Dezember
Nachmittags
Uraufführung
Kasperle auf Weihnachtssurlaub

Lustiges Weihnachtsspiel
von Ulrich von der Trend
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Bertram, Ermath, Genter,
Quaiser, Ziegler, Worsfeldt,
Brand, Gemmede, Graf,
Gers, Höder, Just, Kloebe,
Rehner, Müller, Priiter,
Schneider, Schulze

Anfang 15 Ende 17
I. Platz u. I. Sperrplatz 3 RM

Abends
*B 11. Th.-Gen. 301-400
und 151-200

Per entomodie
von Bruno Frank
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende: Genter,
Schreiner, Weller, Dahlen,
Gemmede, Kloebe,
Schneider

Anfang 20 Ende 21
Preise A 0,70-5,00 RM

So., 16. Dez., nachm.,
Kasperle auf
Weihnachtssurlaub,
abends: **Nonna Vita**
Im Konzerthaus:
Der Fußballkönig.

Mo., 17. Dez., Der Schwarzküchler. In der Festhalle:
3. Volkshilfskonzert.
Di., 18. Dez., Die Fäule der Toten. Hierauf: **Perinische**.

Korbmöbel
Mercedes

Günstig ab Fabrik an Private!
Bequeme Teilzahlung, Kredit, Mahlag auf Wunsch.
Rahmstoffe: **Mercedes, Lorch**.

Arbeitsvergebung

Für den Neubau eines Hochspannungsinstituts der Technischen Hochschule Karlsruhe. D. 192

1. Schmiedeeiserne Fenster für die Halle ca. 168,00 qm

2. Holzfenster für die Halle und Dienstgebäude ca. 142,00 qm sowie Verglase der eiserne Fenster ca. 168,00 qm

Die Vergabung erfolgt nach der R.D.B.-Reichsverordnungsordnung für Verleistungen. Zeichnungen und Bedingungen liegen bis einschl. 21. Dez. 1928 in unserem Geschäftszimmer, Stephaniestraße 28, während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme auf. Versand nach auswärts und Abgabe von Zeichnungen erfolgt nicht. Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am 22. Dez. 28, vorm. 10 Uhr an das Bezirksbauamt Karlsruhe einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 10. Dez. 1928.
Bezirksbauamt.

Colosseum

Nur noch bis einschl. Sonntag

Jackmann
der **Clou**
des Abends in der **Röder-Revue**
Dies und Das

*
Ab Montag neues Programm
Spadoni Sisters

*

In diesem Punkte sind sich alle einig: Das führende Kaufhaus

auf **Teilzahlung** ist die **D. B. G.**

Hier ist die Auswahl riesengroß, die Preise niedrig, die Zahlungsweise aber so bequem, daß jeder zu Weihnachten gut angezogen sein, und trotzdem seine Angehörigen reich beschenken kann. Wir führen:

Herren-, Damen-, Kinder-Konfektion
Bett- und Tischwäsche, Leibwäsche für Herren und Damen / Strümpfe
Krawatten / Hüte / Schirme
Teppiche / Gardinen u. a. m.

Beamte, Festangestellte und alte Kunden **ohne Anzahlung!** 1. Rate 1. Februar!

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.
KARLSRUHE 1/2 KRONENSTR. 40

Sonntag von 11-6 Uhr geöffnet. Besichtigen Sie unsere sehenswerte **Ausstellung Waldstraße 13**

E. Büchle inhaber: **W. Bertsch** Kaiserstraße 132 Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Erud. W. Frau, Karlsruhe